



## Russland: Aktuelle sicherheits- und wirtschaftspolitische Entwicklungen

Prof. Dr. Lic. Eberhard Schneider

Mai 2016

### Zusammenfassung

---

Am 5. April beschloss Wladimir Putin die Gründung einer Nationalgarde mit einer Stärke von 350.000 bis 400.000 Personen, die hauptsächlich aus den Truppen des Innenministeriums besteht und die direkt dem Präsidenten unterstellt ist. Die Bildung der Nationalgarde wird von den russischen Medien als Indiz für die Rückkehr Putins zur Innenpolitik gewertet. Putin wolle eine neue Balance innerhalb der Machtelite schaffen. Die Nationalgarde sei auch ein Versuch Putins, sich abzusichern, falls sich die anderen Silowiki ihm gegenüber nicht loyal verhalten sollten. Das Moskauer Wirtschaftsforum am 23./24. März fiel durch politische Aussagen auf. Der ehemalige Verteidigungsminister der „Volksrepublik Donezk“, Igor Strelkow (Girkin), forderte die baldige Schaffung einer „dritten Kraft, welche die nationalen Interessen Russlands verteidigt, selbst auf Kosten der sogenannten internationalen Gemeinschaft“.

### Das ISPSW

---

Das Institut für Strategie- Politik- Sicherheits- und Wirtschaftsberatung (ISPSW) ist ein privates, überparteiliches Forschungs- und Beratungsinstitut.

In einem immer komplexer werdenden internationalen Umfeld globalisierter Wirtschaftsprozesse, weltumspannender politischer, ökologischer und soziokultureller Veränderungen, die zugleich große Chancen, aber auch Risiken beinhalten, sind unternehmerische wie politische Entscheidungsträger heute mehr denn je auf den Rat hochqualifizierter Experten angewiesen.

Das ISPSW bietet verschiedene Dienstleistungen – einschließlich strategischer Analysen, Sicherheitsberatung, Executive Coaching und interkulturelles Führungstraining – an.

Die Publikationen des ISPSW umfassen ein breites Spektrum politischer, wirtschaftlicher, sicherheits- und verteidigungspolitischer Analysen sowie Themen im Bereich internationaler Beziehungen.



## Analyse

### Putins neue Nationalgarde

Nach kürzlicher Beratung im Sicherheitsrat ordnete der russische Präsident Wladimir Putin am 5. April durch ein Dekret, das in ein Gesetz gekleidet werden wird, die Gründung einer Nationalgarde auf der Basis der Truppen des Innenministeriums sowie die Einordnung des Föderalen Drogenkontrolldienstes und des Föderalen Migrationsdienstes in das Innenministerium an, wo sie selbständig weiterarbeiten sollen.<sup>1</sup> Aufgabe der neuen Nationalgarde wird der „Kampf gegen Terrorismus, gegen organisierte Kriminalität sein in engem Kontakt zum Innenministeriums und die Wahrnehmung der Funktionen, die bisher OMON, SOBR usw. ausübten“. OMON ist eine bewegliche Spezialtruppe der Polizei, die dem Innenministerium untersteht. SOBR ist die Schnell Eingreiftruppe, die im Gegensatz zu OMON als Elitetruppe ausschließlich aus erfahrenen Polizeibeamten höheren Rangs besteht. Die Nationalgarde untersteht dem Präsidenten.<sup>2</sup>

Auf die Frage nach der neuen Nationalgarde antwortete Putin am 14. April während seines jährlichen mehrstündigen „direkten Drahtes“ mit der Bevölkerung, dass es ihm vor allem um die Kontrolle des Waffenhandels in Russland gehe. Dabei gehe es nicht einfach nur um die Herauslösung der inneren Truppen aus dem Innenministerium, sondern in dieser Struktur – er meint die Nationalgarde – sei jetzt alles konzentriert, was mit Schusswaffen zu tun habe. Diese beinhalte einen Schutz unterschiedlicher Art, ein System von Genehmigungen, die der Überwachung privater Strukturen diene und sie bilde einfach die inneren Truppen. Putin geht davon aus, dass die Effektivität der Tätigkeit erhöht und die Kosten bezüglich der Tätigkeit der verschiedenen Dienste reduziert werden können. Diese Position werde aktiv vom Finanzministerium verfolgt. Das werde erreicht durch die Optimierung der Strukturen, in erster Linie der Verwaltungs- und der Stabskräfte. Dies gelte für alles, was im Innenministerium und in der Nationalgarde geschieht und geschehen soll. Massentlassungen werde es nicht geben. Was die Migrationsprozesse betreffe, so soll der Staat seine entsprechende Aufmerksamkeit nicht verringern, sondern erhöhen.

Zum Kommandeur der Nationalgarde ernannte Putin Armeegeneral Viktor Solotow, er aus dem KGB kommt.<sup>3</sup> Bis 2013 war Solotow Chef von Putins Leibwache, dann Stellvertretender und ab 2014 Kommandeur der Truppen des Innenministeriums im Rang eines Ersten Stellvertretenden Innenministers. Solotow ist nun auch Mitglied des Sicherheitsrats, wenn auch nicht als Ständiges Mitglied.

Die Nationalgarde dürfte eine Stärke von 350.000 bis 400.000 Man haben. Sie behält die Vollmachten der Truppen des Innenministeriums und bekommt zusätzlich Polizeivollmachten. Sie kann auch im Ausland eingesetzt werden, z.B. bei Friedenseinsätzen.<sup>4</sup>

Am 11. April wurde der Behandlung des vom Präsidenten vorgelegten Entwurfs des Gesetzes über die Nationalgarde in der Staatsduma zugestimmt.<sup>5</sup> Inzwischen schrieb die Föderale Anwaltskammer einen Brief an den Staatdumavorsitzenden Sergej Naryschkin, in dem sie Änderungen im Entwurf des Gesetzes über die National-

<sup>1</sup> <http://www.kremlin.ru/events/president/news/51643>

<sup>2</sup> <http://www.kremlin.ru/events/president/news/51650>

<sup>3</sup> <http://www.kremlin.ru/events/president/news/51646>

<sup>4</sup> <http://www.rbc.ru/politics/11/04/2016/570bcf1f9a79474b6893a92c>

<sup>5</sup>

<http://www.duma.gov.ru/systems/law/?name=%D0%BD%D0%B0%D1%86%D0%B8%D0%BE%D0%BD%D0%B0%D0%BB%D1%8C%D0%BD%D0%B0%D1%8F+%D0%B3%D0%B2%D0%B0%D1%80%D0%B4%D0%B8%D1%8F&sort=date>



garde verlangt, weil deren Vollmachten im Vergleich zur Polizei und zum FSB „unmotiviert“ ausgeweitet worden seien.<sup>6</sup> Am 18. Mai will das Parlament über das Gesetzesprojekt abstimmen.

Die Bildung der Nationalgarde wird von den russischen Medien (auch online) als Indiz für die Rückkehr Putins zur Innenpolitik gewertet. Putin wolle eine neue Balance innerhalb der Machtelite schaffen. Sie sei auch ein Versuch Putins, sich abzusichern, falls sich die anderen Silowiki (außer Innenministerium die Geheimdienste, und das Verteidigungsministerium) ihm gegenüber nicht loyal verhalten sollten; vor allem im Falle eines Staatsstreichs. Für diese Interpretation spricht, dass Putin die Gründung der Nationalgarde im engen Kreis entschieden hat ohne Kenntnis der Regierung.

Der Föderale Dienst der Drogenkontrolle hatte Geheimdienstcharakter und stand bis zu einem gewissen Maße in Konkurrenz zum FSB. Am 1. Oktober 2007 hatte er sich fast eine Schießerei mit dem FSB auf dem Moskauer Flughafen Domodedowo geliefert, als Spitzenvertreter beider Dienste versuchten, sich gegenseitig zu verhaften.<sup>7</sup> Die Einordnung des Föderalen Drogenkontrolldienstes in das Innenministerium ist natürlich eine Degradierung ihres Chefs, des ehemaligen Leiters des KGB von Leningrad (1977-1994), Viktor Iwanow. Zur „Entschädigung“ könnte Viktor Iwanow vielleicht Stellvertretender Innenminister werden.

#### Moskauer Wirtschaftsforum mit politischen Akzenten

Vom 23. bis 24. März fand in der Moskauer Staatlichen Lomonossow-Universität das Wirtschaftsforum statt, das von Ruslan Grinberg, dem Wissenschaftlichen Leiter des Instituts für Wirtschaft der Russischen Akademie der Wissenschaften, der er als Korrespondierendes Mitglied angehört, und von Konstantin Babkin, dem Präsidenten der Landmaschinenassoziation „Rosagromasch“, organisiert worden war, wobei „Rosagromasch“ den Kongress auch weitgehend finanzierte. Im Sommer 2015 war Grinberg übel mitgespielt worden, weil er sich kritisch zu Russlands wirtschaftlichen Perspektiven geäußert hatte.<sup>8</sup>

Auf der dritten Konferenz des Forums „Russland und der Westen: Von der Opposition zum Dialog? (geopolitischer Diskurs)“ am 23. März berichtete der russische Sozialphilosoph Alexander Zipko, dass ihm bei einer Konferenz ehemalige sowjetische Außenminister bezüglich der damals aktuellen Vereinigung der Krim mit Russland erklärt haben, dass es sehr gefährlich sei, die rote Linie zu überschreiten.<sup>9</sup> Die sowjetische Elite habe noch dieses Gefühl gehabt. Er habe den Eindruck, dass die russische Elite dieses Gefühl der Gefahr manchmal verliere. Ihm gefalle nicht die „Mitteilung des Leiters unseres Staates, dass wir Atomwaffen verwenden müssten“. (Zipko meint offensichtlich die Äußerung Putins in seinem Interview im Film vom Frühjahr 2015 anlässlich des Jahrestags der Krimannexion. Er - Putin - habe im März 2014 überlegt, die Atomwaffen für ihren Einsatz zu aktivieren.)

An der abschließenden Diskussion des Moskauer Wirtschaftsforums am 24. März nahm auf dem Podium auch Igor Strelkow (Girkin) teil, der von April bis Juni 2014 Verteidigungsminister der „Volksrepublik Donezk“ und Antreiber bei der Annexion der Krim und der separatistischen Aktivitäten in der Osturkien war. Strelkow, der nun die Bewegung „Neurussland“ leitet, erklärte, dass sich Russland in einer „Systemkrise, einer wirtschaftli-

<sup>6</sup> <http://www.kommersant.ru/doc/2974934>

<sup>7</sup> [www.kommersant.ru/doc/812840](http://www.kommersant.ru/doc/812840)

<sup>8</sup> Vgl. dazu: Libman, Alexander, Vorseilender Gehorsam. Russlands Sozialwissenschaften unter Druck, in: Osteuropa, 2015, Heft 11/12, S. 119-124.

<sup>9</sup> <http://me-forum.ru/media/events/mef-2016-konferentsiya-3/>



chen, inneren, außenpolitischen, kulturellen und dabei in einer Machtkrise“ befinde<sup>10</sup>. In Russland gebe es zwei politische Kräfte, die sich unabhängig geben: die staatliche Macht und die sogenannte Opposition, die faktisch unzertrennlich und sehr eng miteinander verzahnt sind. Die Nicht-System-Opposition sei in ihren ideologischen Positionen „außergewöhnlich eng mit der gegenwärtigen Macht verbunden. Strategisch betrachtet stünden die „Macht und die liberale Opposition auf ein und demselben Fundament zweifellos der Präsumtionen des Westens, die darin bestehen, auf den Grundlagen des Völkerrechts vor dem inneren Recht in jeder Hinsicht unbedingt in die westliche Welt integriert zu werden“.

Notwendig sei eine „dritte wirkliche Kraft, welche die nationalen Interessen Russlands verteidigt, selbst auf Kosten der sogenannten internationalen Gemeinschaft“. Diese dritte Kraft müsse von der sogenannten Macht unabhängig sein und ihre eigenen ausgearbeiteten Programme der „wirtschaftlichen, kulturellen und politischen Wiedergeburt des Landes“ haben. Sie sollte eine dritte Kraft der „starken Schöpfung, nicht der Zerstörung“ sein, sie werde zu einer „realen Opposition zur Macht“.

Eine mögliche Basis für diese dritte Kraft bilden die regionalen Eliten, die sich in der gegenwärtigen Situation als am meisten benachteiligt erweisen. Sie seien „von der Annahme von Entscheidungen auf der Staatsebene völlig ausgeschlossen“. Während sie gleichzeitig den großen Teil der gesamtstaatlichen Elite bilden, werden ihre Interessen in keiner Weise „mitgezählt“ und deren Positionen, die der „realen Wiedergeburt des Landes“ dienen. Sie orientiere sich „in erster Linie objektiv national“ und könne „zu unserem Fundament“ werden. Diese dritte Kraft müsse schnell geformt werden, da die Krise in ihre entscheidende Phase trete. Die dritte Kraft könne zu einem „Garanten für die Bewahrung des innenpolitischen Friedens in unserem Lande“ werden.

Das Moskauer Wirtschaftsforum beschloss die „Charta 2016: Charta der Wiedergeburt Russlands“.<sup>11</sup> Der Ausweg aus der Krise wird in einer „aktiven Industriepolitik“ gesehen, in einer „Nicht-Rohstoff-Produktion in der Industrie und in der Landwirtschaft, durch eine Neue Industrialisierung“.

Als notwendig fordert die Charta:

- Änderung des Steuersystems und Ermöglichung ihres Stimulierungseffekts. Im Einzelnen sollten die Steuern für Unternehmen und die öffentliche Modernisierung gesenkt werden. Vorgeschlagen wird die Erhöhung der Steuern für den Export von Rohstoffen und den Konsum von Luxusgütern.
- Methoden zur steuerlichen Stimulierung, zur Antimonopolregulierung und administrative Methoden zur radikalen Senkung der Preise für Treibstoff, Elektroenergie, Eisenbahntransport und Dienstleistungen der natürlichen Monopole.
- Änderung der Finanzpolitik, Versorgung der Wirtschaft mit günstigen Krediten, Stopp des Kapital-exports und Beendigung der Praxis des sporadischen Entzugs von Banklizenzen.
- Überarbeitung der Außenhandelsregulierungen, Sicherstellung, dass die russischen Produktionsbedingungen auf den Inlands- und Auslandsmärkten mindestens nicht schlechter sind als die für die ausländischen Konkurrenten.

Die Charta schließt mit der Aussage, dass jedem dieser aufgeführten Punkte die Handlungen der Regierung widersprechen.

\*\*\*

<sup>10</sup> <http://me-forum.ru/media/events/mef-2016-plenarnaya-diskussiya-iv/>

<sup>11</sup> <http://me-forum.ru/media/news/5602/>



**Anmerkung:** Der Beitrag gibt die persönliche Auffassung des Autors wieder und ist eine gekürzte Fassung der für das Deutsch-Russische Forum in Berlin erstellte Analyse für den Monat April 2016.

### Über den Autor dieses Beitrags

---

Prof. Dr. Lic. Eberhard Schneider ist Advisory Board Member of the EU-Russia Centre in Brüssel, Professor für Politikwissenschaft an der Universität Siegen und Leiter der sozialwissenschaftlichen Forschung des Berliner West-Ost-Instituts.



*Prof. Dr. Lic. Eberhard Schneider*